

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Wasserwirtschaft 1 und 2
Belang	Wasserwirtschaft
Vorhaben	Änderung des FNP für den Bereich "Sondergebiet Photovoltaikanlage (PV) beiderseits der Kreisstraße 6949" der Gemeinde Kloster Lehnin, LK PM
Ansprechpartner*In: Referat: Telefon: E-Mail:	Kirsten Genselin W13 (Wasserwirtschaft in Genehmigungsverfahren) 033201 442-441 Kirsten.Genselin@LfU.Brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

a) Einwendung

--

b) Rechtsgrundlage

--

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

--

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

--

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

--

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Die wasserwirtschaftlichen Belange des LfU gemäß BbgWG § 126 Abs. 3, Satz 3 betreffend werden folgende Hinweise gegeben:

1. Grundsätzliche Hinweise zu den wasserwirtschaftlichen Belangen

Im nördlichen Teil des Geltungsbereichs befindet sich im Nordosten angrenzend ein Graben, ein Gewässer II. Ordnung. Die Pflicht der Unterhaltung obliegt nach § 79 Abs. 1 Nr. 2 BbgWG den Unterhaltungsverbänden. Der zuständige Unterhaltungsverband sollte beteiligt werden.

Der Vorhabenbereich ist von einem HQ extrem Gebiet der Hochwasserrisikomanagementplanung betroffen (siehe auch Punkt 2).

2. Hinweise / Forderungen zum Hochwasserschutz / Hochwasserrisikomanagement

(Rechtsgrundlage: siehe insbesondere BbgWG § 126 (3), Satz 3, Punkt 8)

Hochwasserrisikogebiet entsprechend § 73 Abs. 1 Satz 1 WHG

Das Plangebiet der Änderung des FNP umfasst teilweise Hochwasserrisikogebiete gemäß § 73 Abs. 1 Satz 1 WHG. Die Bauweise der Anlagen muss an das jeweilige Hochwasserrisiko angepasst sein (§ 78 b Absatz 1, Satz 2). Zudem ist während der Bauphase ein schadloser Wasserabfluss zu gewährleisten.

Die Fläche der Risikogebiete sollen nach § 5 Abs. 4a in den Flächennutzungsplan übernommen werden. Die HQ extrem - Fläche ist in den Planzeichnungen darzustellen.

In den Planungsunterlagen ist auf die Hochwassergefahren und Risiken entsprechend umfassend einzugehen gem. den rechtsverbindlichen Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 16c, § 9 Abs. 5 Nr.1 und Abs. 6a BauGB. Entsprechende Festlegungen nach WHG und BauGB sind zu treffen.

Karten / Geodaten

Die konkrete Gefährdung kann mithilfe des Kartendienstes des Landes „Auskunftsplattform Wasser“ (APW) überprüft werden. siehe: <https://apw.brandenburg.de/>

Geodaten zu den Hochwasserrisikogebieten finden Sie im Internet-Angebot des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) unter folgendem Link:

<https://metaver.de/search/dls/#?serviceld=05EC61E6-C81E-4616-ACE6-2DC3D5E67E24>

Redaktioneller Hinweis

Es wird darauf hingewiesen, dass die Textpassagen in der Begründung zum B-Plan bezogen auf die Gesetzesgrundlagen nicht korrekt sind (siehe S. 18 der Begründung, 4.3.1 Nachrichtliche Übernahmen, Punkt 137). Es wird um Anpassung wie folgend stehend gebeten:

*Der Geltungsbereich des Bebauungsplans, genauer die Teilfläche I nördlich der Kreisstraße 6949, ist kleinflächig durch ein Hochwasserrisikogebiet (HQ100, HQ extrem) entsprechend **§ 73 Abs. 1 Satz 1 WHG** betroffen. Bei Bauvorhaben in Risikogebieten gelten die Maßgaben nach **§ 78b WHG**.*

Kirsten Genselin

Dieses Dokument wurde am 11.01.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.